

BI wirft Hellmuth und Trumpf Täuschung vor

Kohlekraftwerksgegner: Es gab kein Mandat von Kreistag und Stadtrat

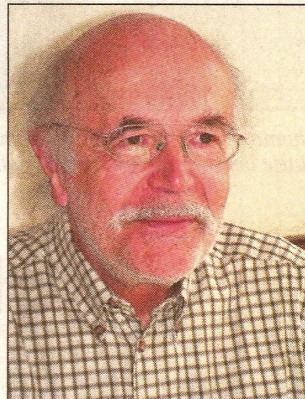
Von Thomas Pusch

STENDAL. Brisantes Material ist der Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg (BI) zugespielt worden. Im Protokoll einer nicht-öffentlichen Sitzung des Investitionsbeirates am 31. März 2008 steht geschrieben, dass Landrat Jörg Hellmuth eine Zustimmung des Kreistages, der damalige Verwaltungschef der VG Arneburg-Goldbeck, Eike Trumpf, die des Arneburger Stadtrates zum Projekt signalisierten. „Dafür hatten sie gar kein Mandat“, so BI-Vorsitzender Professor Jürgen Rochlitz.

Über zwei Jahre habe es gedauert, bis die Öffentlichkeit tatsächlich über das geplante Steinkohlekraftwerk bei Arneburg informiert werde, triumphierte gestern im Rahmen eines Pressegespräches der Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg, Professor Jürgen Rochlitz. Der Trumpf, den er gestern ausspielte, war das Protokoll einer Sitzung des Investitionsbeirates des Landesverwaltungsamtes, die am 31. März 2008 stattgefunden hat-

te. Laut Aufzeichnungen waren auch Landrat Jörg Hellmuth und der damalige Leiter der Verwaltungsgemeinschaft Arneburg-Goldbeck, Eike Trumpf, zugegen. Dies ist nicht Stein des Anstoßes für die BI, vielmehr, dass Hellmuth laut Protokoll behauptete, der Kreistag sei in nicht-öffentlicher Sitzung unterrichtet worden und es habe sich von den Mitgliedern niemand gegen das Vorhaben ausgesprochen. „Eine solche Sitzung hat es gar nicht gegeben“, so BI-Pressesprecher Jürgen Przybyla. Das habe er von Kreistagsmitgliedern erfahren. Lediglich im nicht-öffentlichen Teil eines Ausschusses sei darüber informiert worden und dies auch nicht detailliert. Umso befremdlicher erscheint in den Augen der BI, dass Hellmuth das Unternehmen zu der vorgesehenen Investition ermuntert habe.

Auf ebensolches Kopfschütteln stoßen die wiedergegebenen Aussagen von Trumpf, der Arneburger Stadtrat habe in nichtöffentlicher Sitzung das Vorhaben zur Kenntnis genommen und begrüßt. Es habe laut BI keine Abstimmung zu



BI-Vorsitzender Jürgen Rochlitz. Foto: Pusch

dem Thema gegeben, von Begrüßen des Projektes könne daher überhaupt keine Rede sein. „Sie haben behauptet ein Mandat zu haben, das sie aber nicht hatten“, so der Vorwurf von Rochlitz und seinen Mitstreitern.

Zudem beklagen sie, dass so erhebliche Details der Planung des Steinkohlekraftwerkes besprochen worden seien, ohne dass die Öffentlichkeit beteiligt wurde. Da sei es um die Lage in Teilen des Überschwemmungsgebietes gegangen, um die Lärmbelästigung, die nur

knapp unter den Grenzwerten liege, um Fischarten in der Elbe. Es gebe keine K.o.-Argumente gegen den Standort, falls die Verfahren professionell gehandhabt werden“, wird Landesverwaltungsamts-Präsident Thomas Leimbach im Protokoll zitiert. Professionell, das bedeutet in den Augen der BI „nicht gesetzeskonform“. Da erscheine es dann schon fast wie Hohn, wenn das Protokoll damit schließt, dass namens der Vertreter der BPR GmbH, der das Grundstück, auf dem das Kraftwerk errichtet werden könnte, gehört, Leimbach für die Veranstaltung gedankt und sich erfreut über das lösungsorientierte Vorgehen bei der Aufarbeitung der sich stellenden Probleme gedankt werde. Das sei eine Klatsche für alle, die ihr Recht auf Mitwirkung wahrnehmen wollen.

Seine Kritik an dem Projekt wird Rochlitz am 22. April während der Hauptversammlung des Energieversorgers RWE vortragen. Und zwar als kritischer Aktionär. „Ich habe die Aktie eigens dafür gestern erworben“, meinte er mit einem Lächeln.